

15. März 2026  
Kommunalwahl

# Kommunalwahlprogramm

2026

AfD Darmstadt-Dieburg

**VERANTWORTUNG ÜBERNEHMEN.**

**FÜR EINE ZUKUNFT IN FREIHEIT,  
SICHERHEIT UND WOHLSTAND.**

**FÜR UNSERE KINDER UND ENKEL.**

**FÜR DARMSTADT-DIEBURG.**



# Präambel

Die AfD ist die Partei, die sich allein den Interessen und Anliegen der Bürger verpflichtet fühlt und diese auf allen politischen Ebenen wahren und sich für deren Durchsetzung einsetzen will.

Für die AfD stehen die Interessen und Belange der Bürger an erster Stelle. Die AfD steht für den gesunden Menschenverstand anstelle ideologischer Scheuklappen.

Die AfD steht für die strikte Einhaltung von Recht, Gesetz und Verfassung, sie steht für Sicherheit und soziale Verantwortung, Stärkung von Familien, für Bildung, solide Finanzen, Erhalt von Mittelstand, Handwerk, Einzelhandel, für die Förderung der bäuerlichen Landwirtschaft, für den Erhalt der Kulturlandschaft und eine sinnvolle Energiepolitik.

Wir setzen uns ein für mehr direkte Demokratie durch Beteiligung der Bürger (Bürgerentscheide).

Die AfD setzt sich für eine seriöse, transparente und zukunftsorientierte Finanzpolitik ein.

Die AfD fordert ausgeglichene Haushalte in den Kommunen, geplante Investitionen müssen sich am tatsächlichen Nutzen orientieren und dürfen keine Belastung für zukünftige Generationen darstellen. Dazu ist eine schnelle Tilgung von Kassenkrediten (wie über die Hessenkasse) und regulären Krediten anzustreben.

Die AfD fordert die Beachtung der Schuldenbremsen.

Die AfD lehnt die Erhöhung von bestehenden Steuern und Gebühren, sowie die Überlegungen zu neuen, die Wirtschaft und Bürger belastenden, Abgaben ab.

Die AfD wirbt für zeitliche Streckungen von Investitionsprogrammen, anstelle Neuverschuldung des Landkreises.

Im Hochsteuerland Deutschland werden bereits jetzt mehr als 50% des Volkseinkommens in Form von Steuern, Gebühren und Beiträgen an den Staat abgeführt. Die AfD fordert eine Entlastung der Bürger anstelle von steigender Belastung.

# Solide Finanzen

Der Landkreis Darmstadt-Dieburg ist, wie alle Landkreise in Hessen, hoch verschuldet. Für 2025 ist ein Defizit von rund 38 Millionen Euro im Kreishaushalt eingeplant. Die Verschuldung schlägt sich auf die Handlungsspielräume aller 23 Kommunen nieder. Allein steigende Schülerzahlen werden die Städte und Gemeinden mit ca. 6 Millionen Euro zusätzlich belasten.

Die AfD fordert, dass der Landkreis sich für eine höhere Re-Finanzierung aller Aufgaben einsetzt, die der Landkreis aufgrund von Bundes- oder Landesvorgaben zu erfüllen hat.



Die hessischen Landkreise sind am Ende ihrer Kräfte. Der Gestaltungswille und die Gestaltungsmöglichkeiten der Kreise mussten der Verwaltung der von Land und Bund übertragenen Aufgaben weichen, einer Verwaltung des Mangels, die nicht zu einer Verwaltung der Insolvenz führen darf.

Die bereits im vergangenen Jahr vom Hessischen Landtag prognostizierten Defizite haben sich bestätigt: landesweit erwarten die hessischen Landkreise ein finanzwirksames Defizit von rund einer halben Milliarde Euro. Eine Situation, die nicht nur ein hessisches Problem ist, sondern mit einem Rekorddefizit des Finanzierungssaldos des kommunalen Raumes von rund 24 Mrd. Euro eine bundesweit tiefgreifende strukturelle Finanzkrise beschreibt.

Die immer weitergehende Regelungsdichte der bundes- und landesrechtlichen Vorgaben führt dazu, dass den Kommunen kaum noch Gestaltungsspielräume bleiben und die Landkreise zu Erfüllungsgehilfen von Bund und Land verkommen. Die Forderung des Hessischen Landtages in der sog. „Wiesbadener Erklärung“, dass Ansprüche an staatliches Handeln insbesondere im Hinblick auf den massiven Anstieg im Bereich der sozialen Transferleistungen dringend an die vorhandenen Ressourcen angepasst werden müssen, wird von der AfD unterstützt.

Wir werden uns weiter dafür einsetzen, dass das Konnexitätsprinzip eingehalten wird: Wer die Musik bestellt, bezahlt sie auch.

**Verantwortung übernehmen.  
Für eine Zukunft in Freiheit, Sicherheit und Wohlstand.  
Für unsere Kinder und Enkel.  
Für Darmstadt-Dieburg.**



# **Umwelt und Klima**

Es ist eine Tatsache, dass die politisierte These eines „menschengemachten Klimawandels“ wissenschaftlich nicht haltbar ist. Es gab auf der Erde schon immer Warm- und Kaltphasen, die sich abgewechselt haben. Auch auf anderen Planeten des Sonnensystems kommt es zu fortwährenden Veränderungen des Klimas, was nicht zuletzt auch auf Schwankungen der Sonnenaktivität (Weltraumwetter) zurückzuführen ist. (Dokumentation Wissenschaftliche Dienste Bundestag WD 8-3000-147/19).

Insofern ist der Plan der „Klimaneutralität“ völliger Unsinn, der den Bürgern, den Kommunen, den Landkreisen und dem Land unnötig Geld aus der Tasche zieht. Um den Bürgern angesichts eines sich ändernden Klimas wirklich zu helfen, müssen sie auf Ereignisse wie Hitzeperioden, Starkregen und Stürme gezielt vorbereitet werden.

Im Hinblick auf die desaströse Verschuldung des Landkreises stellen Kosten für Klimaschutzaflagen eine unnötige zusätzliche Belastung des Kreishaushalts dar.

Dem allgemeinen Umweltschutz steht die AfD positiv gegenüber, wir sehen aber viele „Klimaschutzmaßnahmen“ eher kritisch. Elektromobilität ist kein Klimaschutz, da bei der Produktion der Fahrzeuge und ihrer abschließenden Entsorgung viele dem Umweltschutz nicht zuträgliche Faktoren eine Rolle spielen. Rund die Hälfte der Umweltverschmutzung, die ein Fahrzeug in seinem Leben verursacht, entstehen bei der Produktion des Fahrzeugs. Daher sind wir für den Erhalt intakter klimafreundlicher und bezahlbare Verbrennerfahrzeuge. Der motorisierte Individualverkehr ist Teil der persönlichen Freiheit. Das gilt insbesondere im ländlichen Raum.

Die AfD setzt sich dafür ein, die weitere Aufstockung des Fuhrparks der Kreisverwaltung mit vermeintlich „klimafreundlichen“ Elektrofahrzeugen zu stoppen.

Die AfD setzt sich als Partei heimatverbundener Bürger für Belange des Umweltschutzes ein. Betonflächen sind zu entsiegeln und zu begrünen, geeignete Flächen zu renaturieren. Um etwas für die heimische Umwelt beizutragen, sollten vermehrt Sträucher und Bäume gepflanzt werden.

Die AfD begrüßt Blühstreifen als Begleitgrün an Kreisstraßen, sowie alternative Energiepflanzen anstatt blütenlosen Mais für Biogasanlagen, damit zukünftig der natürliche Lebensraum für Insekten und Vögel nicht weiter beschränkt wird.

Im Landkreis finden sich vermehrt illegale Müllablagerungen. Es muss mehr unternommen werden, um dieses unsoziale, die Mitbürger sowie den Naturschutz missachtende Verhalten zu unterbinden.

# **Stärkung der Demokratie**

Die AfD steht für mehr direkte Demokratie, auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene.

Die AfD fordert eine stärkere Beteiligung der Bürger insbesondere bei der Ausweisung von Baugebieten und der Ausweisung von Gebieten zur Errichtung von Windenergieanlagen.

Das Gegenteil wurde im Frühjahr durch die CDU-SPD geführte Landesregierung in Hessen durch ihre Reform des Kommunalrechts beschlossen: Die Landesregierung will nach eigener Aussage, dass wichtige kommunale Infrastrukturvorhaben zügiger umgesetzt und nicht durch wiederholte Bürgerbegehren verzögert werden. Sie bezieht sich dabei insbesondere auf Infrastrukturprojekte, wie den Bau von Windenergieanlagen, die schnellstmöglich umgesetzt und nicht unnötig verzögert werden sollen.



Beteiligung und Interessen der Bürger müssen nach der Reform des Kommunalrechts hinter ideologischen und finanziellen Interessen zurückstehen.

Die AfD fordert eine umfassendere Beteiligung der Bürger an der kommunalen Selbstverwaltung. Bürgerentscheid VOR Gremienentscheid!

Die AfD fordert die Einführung von Online-Befragungen der Bürger zum Erhalt von Stimmungsbildern im Hinblick auf wichtige und/oder kostenintensive Vorhaben der Kreisverwaltung.

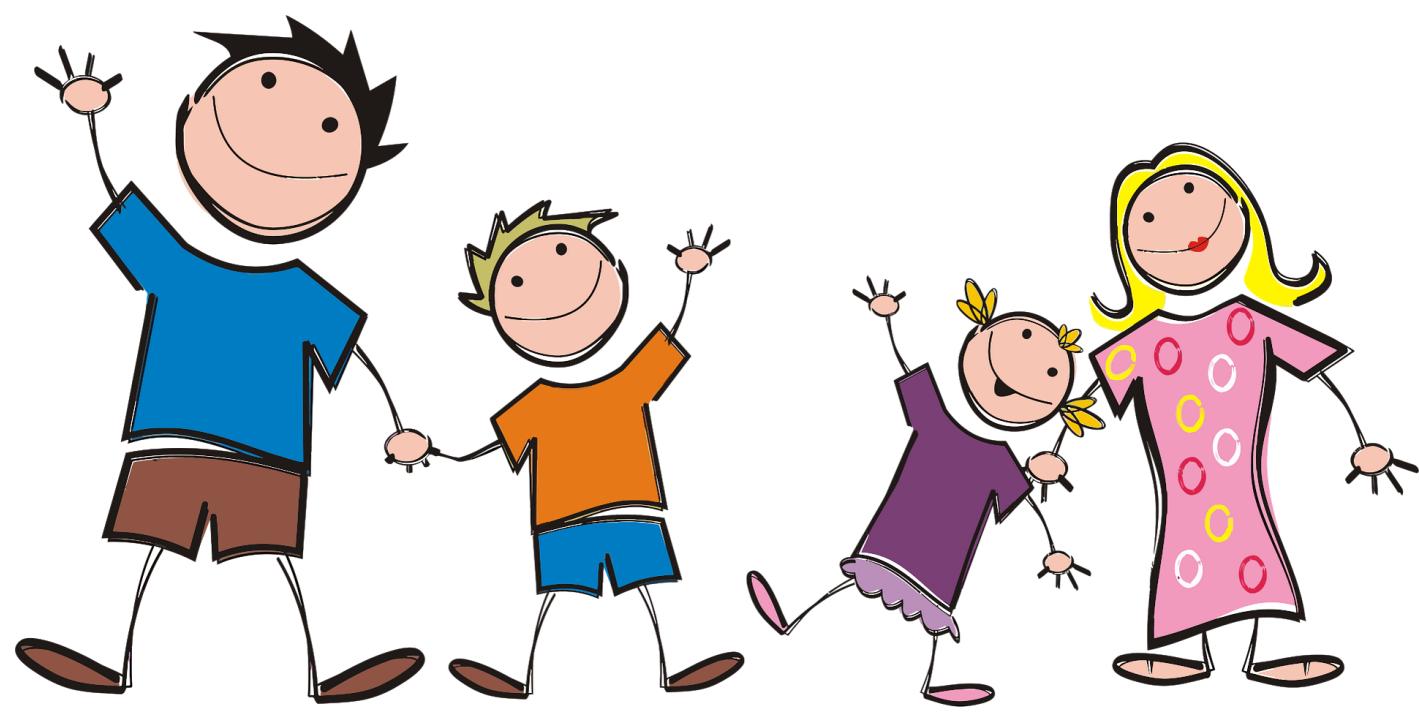
# Familie und Bildung

Die Erziehung von Kindern, insbesondere die fröhliche Erziehung, liegt in erster Linie in der Verantwortung der Eltern. Eltern müssen die freie Wahl haben, selbst über die Form der Kinderbetreuung zu entscheiden.

Die AfD setzt sich für die Entwicklung von Betreuungsmodellen ein, die Familie und Beruf in Einklang bringen.

Die AfD setzt sich nach dem Prinzip „Kurze Beine, kurze Wege“ für die Erhaltung der Grundschulen, gerade im ländlichen Raum ein.

Die AfD fordert die Beibehaltung des gegliederten Schulwesens mit Hauptschule, Realschule und Gymnasium neben Gesamtschulen. Es muss für alle Schüler möglich sein, die Schulform zu wählen, die ihren Leistungen entspricht.



Eine flächendeckende Ganztagsbetreuung in den Schulen erzeugt erhebliche Kosten, die der Landkreis u.a. für Personal sowie Aufenthaltsräume und Menschen in den Schulen aufzubringen hat. Im Hinblick auf die Ganztagsbeschulung sieht die AfD neben den hohen Kosten eine Verschlechterung der Situation der Vereine vor Ort. Kinder, die erst am späten Nachmittag aus der Schule kommen, gehen nicht mehr zum Sport oder in die freiwillige Feuerwehr.

Daher setzt sich die AfD für eine Begrenzung der Ganztagsbetreuung an Schulen auf notwendige Angebote ein.

Auch der „zweite Bildungsweg“ ist Bestandteil des von der AfD geforderten Bildungssystems.

Die AfD fordert ein leistungsorientiertes und differenziertes Schulsystem, und deshalb auch die Beibehaltung von Förderschulen.

Inklusion ist nicht in jedem Fall das geeignete Mittel, Schülern mit besonderem Förderungsbedarf eine optimale und auf ihre individuellen Bedürfnisse zugeschnittene Förderung zukommen zu lassen. Die AfD fordert, den Interessen und Bedürfnissen betroffener Eltern gegenüber gewünschten politischen Ergebnissen Vorrang zu verleihen. Eltern kennen ihre Kinder und deren Bedürfnisse besser als die Politik. Eltern, die ihre Kinder aus Überzeugung in eine Förderschule schicken und Kinder, die dort optimal beschult und gefördert werden, dürfen nicht diskriminiert werden.

# Gender-Politik

Die AfD fordert eine Abkehr von Bildungsplänen nach den Vorstellungen des „Gender-Mainstreaming“. Ferner wird in den Schulen zunehmend tendenziös gegen rechtsdemokratische Politikkonzepte agiert. Schule muss politisch neutral sein und darf legitime Positionen nicht einseitig diskreditieren. Der Beutelsbacher Konsens muss in den Schulen wieder gelebt werden.

Die AfD fordert daher eine „Neutrale Schule ohne Extremismus“, die neben Gewalt- auch Extremismusprävention betreibt. Der Kampf gegen alle Formen des Extremismus müssen thematisiert werden, um Schüler im Kampf gegen jegliches extremistische Gedankengut zu sensibilisieren.

Die AfD lehnt eine Frühsexualisierung im Kindergarten- und/oder Grundschulalter kategorisch ab. Weder im Kindergarten noch in der Grundschule darf es zu einer Beeinflussung der Entwicklung der Geschlechtsidentität der Kinder durch Erziehungspersonal kommen. Kinder haben das Recht auf eigenständige Entwicklung ohne Beeinflussung.

Die AfD steht für Gleichberechtigung der Geschlechter, lehnt aber eine aus rein ideologischen Gründen geforderte Gleichmachung der Geschlechter ab. Dazu gehören auch sämtliche damit erzwungenen Veränderungen der deutschen Sprache.



Die CDU-SPD geführte Landesregierung hat bereits im letzten Jahr ein Verbot der „Gender“-Sprache erlassen. Sonderzeichen wie das Sternchen (\*), das große Binnen-I oder den Doppelpunkt in Wörtern dürfen weder in Schulen noch in Landesbehörden benutzt werden. Die Kreisverwaltung Darmstadt-Dieburg „gendert“ z. Bsp. in Berichten trotzdem weiter. Die AfD setzt sich für die Abschaffung der Gender-Sprache in der Kreisverwaltung ein.

Die AfD steht für das traditionelle Bild der Familie. Jedoch fordert die AfD, dass jeder Bürger in der Wahl seiner für ihn „richtigen“ Form der Partnerschaft frei ist, ohne dadurch Nachteile oder Diskriminierung fürchten zu müssen.

# Recht und Sicherheit

Durch Einsparungen und Reduzierung der Personalstärke ist es für die Polizei, gerade in ländlichen Gebieten, immer schwieriger, ihren Aufgaben nachzukommen. Hinzu kommt eine Vermehrung von Straftaten, wie Wohnungseinbrüche und Trickbetrug.

Die AfD fordert eine Stärkung der Polizei in finanzieller, technischer und personeller Hinsicht. Eine Stärkung bedeutet eine Reduzierung der Belastung für einzelne Polizeikräfte und gleichzeitig eine Erhöhung der Sicherheitslage.

Die AfD fordert, dass sowohl Prävention als auch Kriminalitätsbekämpfung gestärkt werden. In neuralgischen Gebieten wie Autobahnnähe sollen vermehrt Kontrollfahrten/-gänge stattfinden.

Die AfD fordert, dass Polizei- und Justizbehörden von Auflagen der Zurückhaltung von Informationen (Political Correctness) über Vorkommnisse mit kriminellem Hintergrund sowie Tätermerkmale der Öffentlichkeit gegenüber zu entbinden sind. Dazu gehören auch diejenigen Dienstvorschriften, die geeignet sind, durch unscharfe sprachliche Vorgaben die eigentlichen Tatbestände zu verschleiern oder zu verbergen. Der Schutz der Persönlichkeitsrechte von Tätern darf nicht Vorrang vor Opferschutz haben.



Der Brandschutz und die allgemeine Hilfe des Landkreises Darmstadt Dieburg werden nahezu ausschließlich durch die örtlichen Freiwilligen Feuerwehren ehrenamtlich gewährleistet.

Die AfD fordert, die kommunalen Feuerwehren in ihrer wichtigen Arbeit zu unterstützen und sofern möglich zu entlasten. Die Tagesalarmsicherheit muss gewährleistet bleiben.

Interkommunale Zusammenarbeiten dürfen kein Tabu sein. Einsparungen dürfen nicht zu Lasten der Feuerwehrhaushalte, Fahrzeugbeschaffungen, Schutzkleidung etc. gehen. Einsparungen führen zur Reduzierung der Sicherheit jedes Bürgers des Landkreis Darmstadt-Dieburg.

Die AfD fordert einen respektvollen Umgang mit allen Einsatzkräften, die täglich ihr Bestes geben, um die Sicherheit der Bürger zu gewährleisten. Die AfD verurteilt Angriffe auf Einsatzkräfte der Polizei, Feuerwehren oder Rettungsdienste aufs Schärfste. Die AfD fordert, Angriffe auf Einsatzkräfte der Polizei, Feuerwehren oder Rettungsdienste mit allen dem Rechtsstaat zur Verfügung stehenden Mitteln zu verfolgen und zu ahnden.

# Energiepolitik

Subventionierung der sogenannten erneuerbaren Energien ist zu beenden. Der weitere Ausbau muss sich dem Wettbewerb stellen. Während der Strompreis für viele Bürger und Unternehmen kaum mehr bezahlbar ist, muss gerade in den Sommermonaten der durch zu viele Photovoltaik-Anlagen erzeugte Strom zu Negativpreisen ins europäische Ausland exportiert werden. Der weitere Ausbau von Photovoltaik-Anlagen, auch auf kreiseigenen Gebäuden, ist daher zu unterlassen.

Die AfD fordert bezahlbare Energie auch für Normal- und Geringverdiener.

Die AfD fordert eine differenzierte Betrachtung der sogenannten Verkehrswende. Insbesondere ist die Herstellung der Akkus für E-Fahrzeuge zu hinterfragen. Die Förderung der Rohstoffe für die benötigten Akkus sorgen für immense und irreversible Umweltzerstörungen (Lithiumabbau in Chile) und menschenverachtende Arbeitsbedingungen (Kinderarbeit in den Cobalt-Stollen im Kongo). Die AfD setzt sich dafür ein, dass Umwelt- und Klimaschutz in Deutschland nicht zulasten anderer Länder und deren Bevölkerungen durchgesetzt wird.

Die AfD fordert die Erhaltung der heimischen Flora und Fauna sowie die Erhaltung von Naherholungs- und Rückzugsgebieten: Naturschutz vor Windkraft. Der Bau von Windenergieanlagen darf nicht zur Zerstörung von Wäldern und der Zerstörung der natürlichen Lebensräume vieler unserer Tiere führen. Windenergieanlagen in Wäldern führen jeglichen Umwelt- oder Klimaschutz ad absurdum.

Die weitere Planung sowie der potenzielle Bau der fünf Windenergieanlagen mit einer Nabenhöhe von rund 160 Metern durch die ENTEGA „Am alten Steinbruch“ bei Heubach ist umgehend zu stoppen. Das Gleiche gilt für die von dem Unternehmen Prokon beantragte Einzelanlage in einem Privatwald. Die Windenergieanlagen sollen allesamt im Geo-Naturpark Bergstraße-Odenwald entstehen.



**Verantwortung übernehmen.  
Für eine Zukunft in Freiheit, Sicherheit und Wohlstand.  
Für unsere Kinder und Enkel.  
Für Darmstadt-Dieburg.**



# Landwirtschaft und ländlicher Raum

Die AfD setzt sich dafür ein, dass der Entwicklung des ländlichen Raumes wieder mehr Beachtung geschenkt wird.

Zu einem lebenswerten ländlichen Raum zählen für die AfD eine intakte bäuerliche Landwirtschaft, eine funktionsfähige mittelständische Wirtschaft und eine ausreichende Infrastruktur mit allen für die Daseinsvorsorge notwendigen Einrichtungen, z.B. Schulen, Einrichtungen zur medizinischen Versorgung, Einkaufsmöglichkeiten sowie eine gute Erreichbarkeit der Verwaltungen.

Acker statt Akten! Die AfD setzt sich für eine Entlastung der Landwirte von überbordender Bürokratie ein. Hofläden und Direktvermarktung sollen gezielt durch Landkreisaktivitäten unterstützt werden.

Landwirte brauchen zudem landnahe Unterstützung, z. B. durch eine Verbreiterung der Wirtschaftswege, die durch die immer größer werdenden Landmaschinen notwendig wird. Auch die Hofübergabe muss vereinfacht werden, damit Jungbauern eine Chance auf einen erfolgreichen Betrieb haben.

Die AfD setzt sich für den Erhalt der medizinischen Versorgung im ländlichen Raum ein. Dazu gehört auch die Gründung von Medizinischen Versorgungszentren (MVZ) unter Trägerschaft der öffentlichen Hand, wo die Versorgung durch einzelne niedergelassene Ärzte nicht gewährleistet ist. Eine Wettbewerbssituation zwischen niedergelassenen Ärzten und MVZ des Landkreises ist unbedingt zu vermeiden.



Die AfD befürwortet trotz hoher erforderlicher Zuschüsse durch den Landkreis den Erhalt der Kreiskliniken.

Der Landkreis muss den Versorgungsauftrag sicherstellen, und sich dafür einsetzen, dass die Kassenärztliche Vereinigung flexibler wird, um Landarztpraxen zu erhalten. Gerade im ländlichen Raum bietet sich eine Ausweitung der Telemedizin oder sogenannten Medi-Bussen an.

Die AfD fordert eine bessere Verkehrsanbindung an sowie Transit durch die Stadt Darmstadt. Insbesondere ist für den Pendelverkehr aus dem Ostkreis der Ausbau der B26 mit einer Anbindung an das Bundesfernstraßennetz notwendig.

Die AfD fordert die Entwicklung von ganzheitlichen Verkehrskonzepten, die dem Individualverkehr die gleiche Berücksichtigung zukommen lässt, wie dem Öffentlichen Personennahverkehr. Verhältnisse im ländlichen Raum können nicht mit Verhältnissen in der Stadt verglichen werden.

# Infrastruktur, Einzelhandel

Die AfD begrüßt die Entlastung der Ortschaften durch den Bau von Umgehungsstraßen. Auch der Schwerlastverkehr darf nicht weiter durch die Ortschaften fließen. Eine Gefährdung der Schulwege sowie eine Belastung der Anwohner durch Lärm und Feinstaub ist zu vermeiden. Geschwindigkeitsbegrenzungen alleine reichen nicht aus. Die Erlaubnis für den Transit des Schwerlastverkehrs durch Ortsmitten wurde von Menschen erteilt, sie kann folglich auch von Menschen wieder zurückgenommen werden.



Die AfD setzt sich dafür ein, den Schwerlastverkehr in den Ortsmitten generell auf Zulieferverkehr zu begrenzen.

Durch die Umlegung des Verkehrs auf Umgehungsstraßen und den Bau von Einkaufszentren gehen dem Einzelhandel in den Ortsmitten jedoch Kunden verloren. Einzelhandel und Mittelstand sind das Rückgrat der Kommunen.

Die AfD setzt sich daher dafür ein, dass der Einzelhandel durch attraktive Umgestaltungen in den Ortsmitten gestärkt wird.

Die AfD fordert vom Landkreis ein Programm zur Gestaltung und Stärkung der Ortskerne.

# **Grundsteuer senken**

Mieten, Haus und Wohnungsbesitz werden immer teurer. Nach der Grundsteuerreform wurden die Hebesätze in einigen Gemeinden stark erhöht. Wir setzen uns auch weiterhin dafür ein, den Grundsteuerhebesatz in den Kommunen unseres Landkreises maßgeblich zu senken. Es ist an der Zeit, dass Mieter, Wohnungs- und Hausbesitzer endlich spürbar entlastet werden.

Der „Hebesatz“ muss zum „Senkesatz“ werden. Der Haushalt des Landkreises muss auf solide Füße gestellt werden, damit die Kreisumlage für die Kommunen und in Folge auch die Hebesätze gesenkt werden können.

Auf Bundesebene setzt sich die AfD dafür ein, die Grundsteuer abzuschaffen und als Ausgleich eine hebesatzfähige Beteiligung an der Bemessungsgrundlage der Einkommensteuer für Kommunen einzuführen. Für die Grunderwerbsteuer bei Immobilien zu eigenen Wohnzwecken soll eine bundesweit einheitliche Obergrenze von 3,5 Prozent gelten.

# **Denkmalschutz**

Die Diskrepanz zwischen den widersprüchlichen Erwartungen an den Erhalt historischer Substanz und den wirtschaftlichen Möglichkeiten von Eigentümern muss aufgelöst werden:

Es braucht eindeutige, nachvollziehbare Kriterien an die Schutzwürdigkeit eines Objektes. Dabei muss differenziert werden nach Alltagsdenkmälern wie Bauernhöfe oder eher unspektakuläre Wohnhäuser und historisch bedeutsame Burgen, Schlösser, Kirchen und dergleichen.

# Kommunalwahlprogramm

2026

## AfD Darmstadt-Dieburg

**VERANTWORTUNG ÜBERNEHMEN.**

**FÜR EINE ZUKUNFT IN FREIHEIT,  
SICHERHEIT UND WOHLSTAND.**

**FÜR UNSERE KINDER UND ENKEL.**

**FÜR DARMSTADT-DIEBURG.**

Spendenkonto\*:

Alternative für Deutschland - Kreisverband Darmstadt-Dieburg

IBAN: DE71 5519 0000 0071 6470 10

Volksbank Darmstadt Mainz • Verwendungszweck:

Wahlkampfspende Kommunalwahl 2026

<https://di.afd-hessen.org> • [info@di.afd-hessen.de](mailto:info@di.afd-hessen.de)

\* Spenden können zur Hälfte mit der Steuer verrechnet werden.

